

## Kriege und Imperialismus

Im Kapitalismus finden ständig Kriege für die Profite der Konzerne statt. Vor vier Jahren haben die USA und Verbündete den Irak überfallen. Seitdem halten sie das Land besetzt, was zum Tod von über einer Million IrakerInnen und zur Vertreibung von Millionen geführt hat. Auch der neue Präsident der USA, Barack Obama, wird die Situation der IrakerInnen nicht grundlegend ändern. Und im Gegenzug zum angedachten Abzug aus dem Irak, will er die Truppenzahl in Afghanistan verdoppeln.

Auch die Bundeswehr spielt das gleiche Spiel: die deutsche Armee nimmt an Einsätzen in Afghanistan, am Balkan, vor der Küste Libanons, in Afrika usw. teil (weshalb die Rüstungsausgaben in diesem Land stetig steigen). Diese Militäreinsätze werden oft als „humanitäre“ Interventionen verkauft, was an ihrem Wesen jedoch nichts ändert – es geht um die Sicherung von Ressourcen und Märkten für Großkonzerne. Wir wollen internationale Solidarität gegen diese imperialistischen Kriege aufbauen.

★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr! Nein zu Rekrutierung auf der Uni und in Jobcentern! Kein Cent für die Armee!

★ Nein zur Besetzung in Afghanistan, Irak, Kurdistan, Palästina usw.!

★ Nein zu allen Militäreinsätzen, auch wenn sie als „humanitär“ verkauft werden – es gibt keine „humanitären Kriege“!

## Kapitalismus

In diesem System können wir einzelne Verbesserungen erkämpfen, aber diese werden immer nur von kurzer Dauer sein – das wird auch die derzeitige Wirtschaftskrise zeigen. Unser Ziel muss sein, die Verhältnisse grundlegend zu ändern – d.h. die kapitalistische Produktionsweise abzuschaffen. Wir wollen eine politische Gruppe sein, die innerhalb und vor allem außerhalb der Uni Kämpfe gegen alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung vorantreibt, und diese mit der Perspektive der Weltrevolution verbindet.

Wählt uns nicht in der Hoffnung, dass sich dadurch irgendwas ändert. Wählt uns nur, wenn ihr – wie wir – ein Zeichen setzen wollt, dass Studierende zusammen mit anderen Gruppen Widerstand leisten müssen. Eine andere – gerechte, freie, selbstverwaltete, in einem Wort: klassenlose – Gesellschaft ist kein Traum für eine ferne Zukunft, sondern eine Perspektive für unsere Kämpfe im Hier und Jetzt. Entsprechend möchten wir eine revolutionär-marxistische Strömung an der Uni aufbauen, wobei wir selbstverständlich mit allen Linken zusammenarbeiten wollen, mit denen wir gemeinsame Ziele teilen.

★ Für eine revolutionäre, unabhängige Hochschulgruppe!

★ Für eine internationale, revolutionäre Arbeiterorganisation!

★ Für die sozialistische Weltrevolution!

[www.REVOLUTION.de.com](http://www.REVOLUTION.de.com)

## Was ist REVOLUTION?

REVOLUTION ist eine unabhängige Jugendorganisation, die in mehreren Ländern aktiv ist. Wir wollen die Ideen des Marxismus studieren und verbreiten, aber auch als eine Anleitung zum Handeln nehmen. Seit etwa einem Jahr gibt es an der FU eine Revo-Gruppe. Wir bilden, zusammen mit unorganisierten Studierenden, die **Revolutionäre Liste**. Wenn du mit Revo diskutieren oder mit uns aktiv werden willst, schick uns eine Mail ([fu@revolution.de.com](mailto:fu@revolution.de.com)) oder schau einfach bei einer Veranstaltung vorbei, zum Beispiel das Luxemburg-Liebkecht-Lenin-Weekend...

Hier fand eine Revolution statt.



10.-11. Januar in Berlin

Luxemburg-Liebkecht-Lenin-Weekend

90 Jahre nach der deutschen Revolution

Was? Hier? Direkt am Potsdamer Platz? Hier marschierten bewaffnete ArbeiterInnen vorbei, die „alle Macht den Räten“ riefen? Vor 90 Jahren, im November 1918, ist das passiert. Um über diese Erfahrung zu lernen, macht Revo das Luxemburg-Liebkecht-Lenin-Weekend, mit Workshops, einem Stadtrundgang, einem Simulationsspiel und einem Konzert mit **Holger Burner**! Volles Programm auf unserer Website:

[www.REVOLUTION.de.com](http://www.REVOLUTION.de.com)

Für eine revolutionäre Antwort

Liste 32

auf die kapitalistische Krise!

Wählt **REVOLUTIONÄRE LISTE**

bei den Wahlen zum Studierenden-Parlament vom 13.-15. Januar!

(auch Erasmus-Studierende können wählen!)

Wenn wir unsere Rechte verteidigen wollen, müssen wir zusammen mit SchülerInnen, ArbeiterInnen und Arbeitslosen kämpfen, wie derzeit in Griechenland (Foto) oder Italien passiert. Dafür tritt die **Revolutionäre Liste** (mit KandidatInnen von der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION und unorganisierten Studierenden) ein. Wählt Revolutionäre Liste bei den Wahlen zum Studierendenparlament vom 13.-15. Januar!

[www.REVOLUTION.de.com](http://www.REVOLUTION.de.com)

## Universität und Bildung

Die vielen Bildungsstreiks des letzten Jahres haben gezeigt, dass sowohl SchülerInnen als auch StudentInnen unzufrieden sind und sich Widerstand regt. Erst im November haben 100.000 bundesweit gestreikt um gegen diese Missstände zu protestieren: im deutschen Bildungssystem haben Kinder von Reichen und AkademikerInnen große Vorteile, während Jugendliche aus Arbeiter- und Migrantenfamilien kaum die Chance haben, auf die Hochschule zu gelangen. Während deutsche Konzerne Milliardenprofite einkassieren, wird im Bildungswesen ständig gekürzt – es sei ja „kein Geld da“. Stattdessen soll durch Studiengebühren und Privatisierung Bildung nur für eine „exzellente“ Elite zugänglich sein.

- ★ Freie Bildung für alle! Für eine Universität im Dienste der Massen, nicht der Konzerne!
- ★ Weg mit dem dreigliedrigen Schulsystem! Weg mit Bachelor- und Masterstudiengängen!
- ★ Gleiche Rechte für Deutsche und Nicht-Deutsche! Keine zusätzlichen Gebühren für AusländerInnen!

## Arbeit und Arbeitslosigkeit

Nicht nur auf der Universität wird gekürzt: ArbeiterInnen müssen länger arbeiten (Rente mit 67, 42-Stunden-Woche usw.) für weniger Geld. Währenddessen finden Millionen Menschen in diesem Land nur Billigjobs oder überhaupt keine Arbeit. Stattdessen muss die vorhandene Arbeit auf alle Schultern aufgeteilt werden.

Wenn ein Unternehmen mit Entlassungen oder Lohnkürzungen droht, hilft nur der Kampf: die ArbeiterInnen müssen den Betrieb besetzen und die Produktion unter Eigenkontrolle weiterführen. Das kann ein Schritt zur Enteignung der Betriebe und zur Schaffung einer selbstverwalteten Gesellschaft sein. Wir als Studierende müssen Proteste der ArbeiterInnenbewegung unterstützen, vorantreiben und radikalieren.

- ★ Weg mit Hartz IV! Für einen Mindestlohn (bzw. Arbeitslosengeld bzw. Stipendium für Studierende) der nicht ausgehandelt, sondern von den Ausgebeuteten selbst festgelegt wird!
- ★ Nein zu Überstunden, Arbeitszeitverlängerung und unbezahlten Praktika! Für 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- ★ Für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel! Kontrolle der Produktion durch die ProduzentInnen selber!

## Demokratie

Das Studierendenparlament funktioniert nach dem Muster der bürgerlichen Demokratie: wir wählen „VertreterInnen“, die nach Lust und Laune regieren und erst nach einem oder mehreren Jahren wieder abgewählt werden können. Und selbst in diesem Rahmen ist die Entscheidungsgewalt des StuPa minimal. Letztendlich hat das Parlament wenig zu sagen - die eigentlichen Entscheidungen werden hinter den Kulissen getroffen, von staatlichen Bürokratien und privaten Firmen. Doch in Wirklichkeit sind es Studierende, nicht BürokratInnen, die am



der bundesweite Schulstreik am 12. November

besten wissen, was und wie studiert werden soll. Durch Räte können die Unis direkt von den Studierenden verwaltet werden. Die Selbstverwaltung der ArbeiterInnen in Betrieben funktioniert genauso. Die Linke kann an Wahlen teilnehmen, um Kämpfe zu unterstützen und ihre Konzepte zu verbreiten, aber „linke“ Regierungen regieren immer im Dienste der Herrschenden.

- ★ Für eine unabhängige Studierendengewerkschaft, um unsere Interessen zu verteidigen!
- ★ Direkte Demokratie auf der Uni! Die Hochschule muss durch Studierendenräte geleitet werden, die auf Versammlungen gewählt werden und jederzeit abwählbar sind!
- ★ Für die Räte Demokratie! In jeder Uni, in jedem Betrieb, in jedem Stadtviertel sollen die Menschen sich selbst verwalten!

## Überwachung und Kontrolle

Der Überwachungswahn der Herrschenden in dieser Gesellschaft als ein Ausdruck vieler Repressionsmechanismen wird täglich größer. Gerade erst wurde das neue BKA-Gesetz durch Bundespräsident Horst Köhler unterschrieben, welches damit seit dem 1. Januar in Kraft ist. Im Namen der angeblichen Terrorismusbekämpfung werden präventive Maßnahmen wie Rasterfahndung, optische und akustische Wohnraumüberwachung und Onlinedurchsuchung erlaubt. Genetische Fingerabdrücke in Reisepässen, Onlinedurchsuchungen und sogenannte „Anti-Terror-Dateien“ sind Meilensteine auf dem Weg zum perfekt ausprobierten gläsernen Bürger. Mittlerweile ist jeder ständig verdächtig

– und die so genannten „§129a Verfahren“ sind nur ein Beispiel für die Verfolgung vieler unter Terrorismusvorwürfen.

Diese gesamtgesellschaftliche Tendenz schlägt sich auch auf der Uni nieder: Teilnehmerlisten und Campus Management sind nicht nur Instrumente zur „besseren Planung“ des Studiums, sondern vor allem Werkzeuge zur ständigen Überwachung der Studierenden. Freies und kritisches Lernen und Forschen wird dadurch immer schwieriger.

- ★ Gegen den Überwachungsstaat!
- ★ Gegen Überwachung und Ökonomisierung des Studiums!
- ★ Für kritische Wissenschaft und freie Lehre!

## Sexismus

Ob an der Uni oder im Arbeitsleben, Frauen in Deutschland kämpfen immer noch mit besonderen Formen der Unterdrückung: Sie verdienen weniger Lohn für die gleiche Arbeit, haben einen erschwerten Zugang zu bestimmten Berufen und werden in den Medien und in der Gesellschaft immer noch als Objekte behandelt. Der bürgerliche Staat forciert das Modell der Kleinfamilie, die andere Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens ausschließt, um die Reproduktion der Arbeiterklasse zu gewährleisten. Bestimmte Aufgaben wie Kindererziehung oder Essenzubereitung werden fast ausschließlich von Frauen im Rahmen der Kleinfamilie unentgeltlich vollbracht. Aber diese Aufgaben könnten auch gemeinschaftlich organisiert werden - in demokratisch selbstverwalteten Gemeinschaftsküchen, Wäschereien oder Kindertagesstätten.

- ★ Kostenlose Kinderbetreuung an allen Unis und in allen Betrieben!
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- ★ Für wirklich gleiche Bedingungen unabhängig von Geschlecht oder Sexualität!

## Streiks und Proteste

Gegen die Einführung von Studiengebühren in anderen Bundesländern gab es ziemlich große Proteste. Doch sie konnten diesen Angriff auf die Rechte der Studierenden nicht erfolgreich abwehren. Denn Studierende alleine können wenig wirtschaftlichen Druck erzeugen. Die weitaus erfolgreicherer Studierendenproteste in Frankreich zeigen, wie wichtig der Zusammenhalt zwischen Studierenden und der ArbeiterInnenbewegung ist.

Wir brauchen gemeinsame Proteste mit SchülerInnen, ArbeiterInnen und MigrantInnen - wir brauchen Solidarität! Zum Beispiel haben wir Solidaritätsreden für die Streiks von ver.di und den LehrerInnen gehalten und versucht gemeinsame Proteste mit ihnen zum Bildungsstreik zu organisieren.

- ★ Gegen Sozialabbau und Studiengebühren: Widerstand durch Streiks, Besetzungen, Blockaden!
- ★ Solidarität und gemeinsame Aktionen auf allen Ebenen zwischen Studierenden, SchülerInnen und ArbeiterInnen!
- ★ Für weitere, längere und stärkere Bildungsstreiks in diesem Jahr!